

**Der Sozialstaat steckt in der Finanzierungskrise, die Arbeitslosenzahl bleibt dramatisch hoch, viele Menschen empfinden das soziale Klima als eisig. Deshalb gewinnt ein radikaler Vorschlag Anhänger.**

**Ein Grundeinkommen soll alle – vom Säugling bis zum Greis – vor dem finanziellen Absturz schützen. Ronny Gert Bürckholdt fragt, ob diese soziale Utopie wahr werden kann.**

# „Der Mensch ist keine Maschine“

**BZ-INTERVIEW mit dem Jenaer Sozialwissenschaftler Michael Opielka über die Frage, warum Menschen arbeiten: Zwang oder Streben nach Glück?**

**BZ:** Sie fordern ein Grundeinkommen für jedermann, egal, ob er arbeitet oder nicht. Wie soll das in der Praxis aussehen?

**Opielka:** Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist natürlich ein längerfristiges Ziel, eine Art konkrete soziale Utopie. Im Augenblick ist unser Sozialsystem, aber auch unser Denken, noch auf eine veraltete Epoche eingestellt. Wir denken noch immer so, als lebten wir in einer Selbstversorgungswirtschaft. Wir denken immer noch, dass wir für uns selbst arbeiten. Das Einkommen ist in unserem Sozialsystem ein Ausdruck für die Leistung, die jeder individuell erbracht hat.

**BZ:** Sie meinen, das soll sich ändern?

**Opielka:** Es hat sich bereits verändert. Unser Denken ist dem noch nicht gefolgt. In der Wirklichkeit ist schon heute unsere Arbeitsleistung nur ein Teil dessen, wovon wir leben. Ein Grund für diese Veränderung ist die gigantische globale Arbeitsteilung, in die wir alle eingebunden sind. Wir leben mit und auf Kosten anderer Menschen, die wir überhaupt nicht kennen. Zweitens leben wir auch auf Kosten

**Opielka:** Die These vom Ende der Erwerbsarbeit stelle ich nicht auf. Ich sage nur, dass das Einkommen teilweise von der Erwerbsarbeit entkoppelt werden muss. Die Idee, dass sich fast das gesamte Einkommen einer Durchschnittsfamilie aus der Erwerbsarbeit speist, hat sich überlebt. Deshalb sollte das Einkommen aus Erwerbsarbeit durch ein Grundeinkommen ergänzt werden. Das Kindergeld ist bereits eine Art Grundeinkommen für Kinder.

Dass unsere Volkswirtschaft vom Ziel der Vollbeschäftigung weiter entfernt ist als diejenigen anderer Industrienationen, hat zwei Gründe: die Kosten der deutschen Einheit und eine zu konservative Familienpolitik. Die deutsche Politik hat es nicht geschafft, wie die englische oder skandinavische, sich der Tatsache anzupassen, dass Frauen immer häufiger eine Berufsbiografie haben möchten, die früher nur Männern vorbehalten war. Der Bereich der sozialen Dienstleistungen zum Beispiel, in dem generell sehr viele Frauen arbeiten, ist bei uns völlig unterentwickelt.

**BZ:** Ein dritter Grund für die hohe Arbeitslosigkeit dürfte doch wohl aber sein, dass es eine umfangreiche Grundsicherung bereits gibt: Arbeitslosengeld II plus Wohngeld plus Zuschuss zu den Heizkosten. Ein Single muss an die 1000 Euro verdienen, damit es sich überhaupt lohnt, zu arbeiten. Viele Jobs für Geringqualifizierte sind aber nicht so produktiv, als dass ein Arbeitgeber 1000 Euro dafür zahlen würde.

**Opielka:** Das ist das klassische Argument der Neoklassik, im Volksmund Neoliberalismus genannt – das Argument des Arbeitsanreizes: Der Sozialstaat reduziert den Arbeitsanreiz, dadurch fehlt die Suchbewegung der Niedrigqualifizierten auf dem Arbeitsmarkt. Die lassen sich in eine sozialstaatliche Hängematte fallen...

**BZ:** Es geht hier aber nicht um einen moralischen Vorwurf denjenigen gegenüber, die nicht arbeiten. Im Gegenteil: Sie handeln ja im Rahmen dieses Systems sogar vernünftig.

**Opielka:** Üblicherweise wird aber der moralische Vorwurf gemacht. Aber lassen Sie uns ganz funktionalistisch denken. Im Grundsatz stimmt das Argument ja. Der Zwang, seine Arbeitskraft als Ware auf dem Markt anzubieten, wird vom Sozialstaat generell reduziert. Das kann man nur verhindern, wenn man die sozialen Leistungen dramatisch beschneidet – so wie in vielen Bundesstaaten der USA, wo es keine Sozialhilfe gibt, sondern nur Essensmarken und Obdachlosenheime. Dann wird der Druck auf die Arbeitslosen so groß, dass sie jede verfügbare Stelle annehmen müssen.

Aber was ist, wenn Stellen nicht verfügbar sind? Es gibt große Teile der Welt – in Afrika oder den arabischen Ländern etwa – mit Arbeitslosenquoten von 40 oder gar 70 Prozent. Dort gibt es praktisch keinen Sozialstaat. Die einfache Argumentation: Weg mit den Sozialstaat, her mit den Jobs, kann deshalb nicht stimmen.

Sie basiert auf dem fundamentalen Irrtum, dass Druck der Hauptanreiz für Arbeit sei. Fragen Sie doch mal die Leistungsträger unserer Gesellschaft, woraus sie ihre Motivation für Mehrleistungen ziehen. Die Wirtschaftspsychologie argumentiert, dass das Glücksstreben die Hauptantriebskraft für unser ökonomisches Handeln ist. Sie brauchen dazu eine gewisse Grundsicherung. Ich bin der Auffassung, dass ein klug ausgestaltetes



Jeder hat ein Recht auf Arbeitslosigkeit, sagt Michael Opielka. FOTO: PRIVAT

Grund Einkommen eine Effizienzsteigerung bedeutet. Es würde die Bereitschaft zur Mobilität erhöhen. Wir sprechen ja im öffentlichen Dienst darüber, dass die Immobilität von Beamten und Langzeitarbeitslosen ein großer Produktivitätsnachteil ist. Warum sind diese Menschen immobil? Sie haben Angst, den Job zu wechseln. Ein Grundeinkommen gibt hier eine Grundsicherung.

**BZ:** Wie sieht Ihr Vorschlag für ein Grundeinkommen aus?

**Opielka:** Ich habe den Vorschlag einer Grundeinkommensversicherung gemacht. Ich orientiere mich damit am Schweizer Modell der Rentenversicherung und verallgemeinere dieses Modell für alle Einkommenssysteme. Jeder zahlt 17,5 Prozent Sozialsteuer auf alle Ein-

kommen ohne Bemessungsgrenze. Und jedem steht ein Grundeinkommen und maximal das Doppelte davon zu – jeder, der in Ausbildung ist, sich arbeitslos meldet, Kinder erzieht, krank oder pflegebedürftig ist.

Jetzt kommt die Ausnahme: Wer keine dieser Bedingungen erfüllt, also sich dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stellt, obwohl er es könnte, soll ein Teilgrundeinkommen erhalten, eine Art Bafög für alle. Diese Menschen bekommen das Grundeinkommen zur Hälfte als Darlehen und zur Hälfte als Zuschuss gezahlt. Das heißt: Jedem steht immer ein Grundeinkommen zu, aber diejenigen, die keine Gründe für ein Grundeinkommen vorlegen, bekommen nur die Hälfte als Zuschuss. Damit wäre das Problem der Arbeitskontrolle gelöst.

**BZ:** Wie kann jemand, der sich weigert zu arbeiten, die Hälfte des Bafög jemals zurückzahlen?

**Opielka:** Die meisten Leute wollen arbeiten. Sie empfinden Sozialhilfe, Arbeitslosengeld II oder auch ein Grundeinkommen als eine Übergangslösung. Die wenigsten wollen das ihr Leben lang. Es gibt jedoch zwei Gruppen von Menschen, die sich sehr schwer tun. Das sind zum einen ältere Arbeitslose, Menschen, die älter als 50 Jahre sind. Die Arbeitgeber sind so energisch dagegen, ältere Arbeitnehmer einzustellen, dass diese Menschen gar keine Chance haben. Da nützt es auch nichts, wenn sie ihnen die Unterstützung streichen. Die zweite Gruppe sind Menschen mit psychosozialen Schwierigkeiten. Von den Langzeitarbeitslosen sind mindestens 20 Prozent überhaupt nicht vermittlungsfähig. Auch hier nützt Druck nicht viel. Alle anderen aber sind motivierbar, ohne Druck. Und mit einem kleinen Maß an Missbrauch kann jede Gesellschaft leben.

**BZ:** Fernab von der Debatte über Moral und Missbrauch von Sozialleistungen: Ist denn nicht ein Grundeinkommen ein verlockender Anreiz, freiwillig arbeitslos zu sein? Wenn einem genug Geld zum Leben bleibt, kann man seine Kraft auch ganz egoistisch in seine Hobbys stecken. Damit würde aber der Kuchen kleiner, den der Sozialstaat zu verteilen hat.

**Opielka:** Eine Flucht in die freiwillige Arbeitslosigkeit befürchte ich nicht. Im Ge-

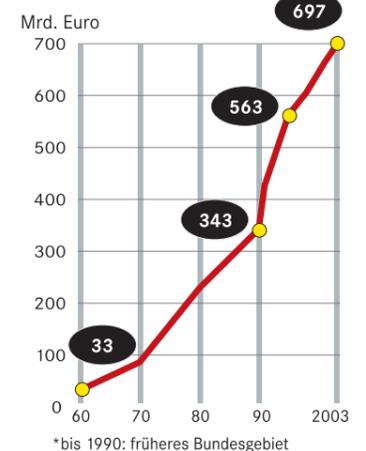
genteil, ein gewisser Teil von freiwillig Arbeitslosen ist sogar wünschenswert. Nehmen wir an, es bliebe bei fünf Millionen Arbeitslosen: Wenn davon vier Millionen freiwillig arbeitslos wären, ist es doch viel besser, als wenn vier Millionen unfreiwillig arbeitslos sind wie heutzutage. Wenn wir eine Vollbeschäftigungsgesellschaft wären und hätten fünf Millionen offene Jobs und fünf Millionen Menschen würden sie nicht nehmen, dann könnten wir über das Problem der Arbeitsverweigerung nachdenken.

Derzeit diskutieren wir über deutsche oder polnische Erntehelfer. Das Verhalten der deutschen Arbeitslosen wird als Beispiel dafür angeführt, dass sich die Deutschen nicht mehr harter Arbeit stellen wollen. Das ist aber kein Wunder, weil die Leute das Gefühl haben, sie werden gepresst und nicht würdevoll behandelt. Der Mensch ist keine Maschine, was viele neoliberale Ökonomen glauben.

**BZ:** Letztlich basiert aber unser Wohlstand auf dem Leistungsprinzip. Dieses würde das Grundeinkommen aushebeln.

## Sozialbudget

Entwicklung des Sozialbudgets in Deutschland



BZ-GRAFIK QUELLE: GESUNDHEITSMINISTERIUM

**Opielka:** Das ist ein völliger Irrtum. Die auf Lohnarbeit bezogenen Regeln gelten nach wie vor. Aber es gibt für jeden die Freiheit, nein zu sagen. Die Idee einer Grundeinkommensversicherung ist eine Weiterentwicklung unseres Systems, keine Abkehr.

**BZ:** Wie hoch sollte die unterste Grenze eines Grundeinkommens sein?

**Opielka:** Ein wenig höher als heute. Das Arbeitslosengeld II ist einfach zu gering. Zehn Prozent muss man drauflegen. Dann liegen wir etwa bei 700 Euro. Aber Sie dürfen nicht vergessen: Mit einer Grundeinkommensversicherung wird so gut wie niemand nur 700 Euro erhalten.

**BZ:** Herr Opielka, wie hoch schätzen Sie selbst die Chance ein, dass dieses Modell jemals in Deutschland umgesetzt wird?

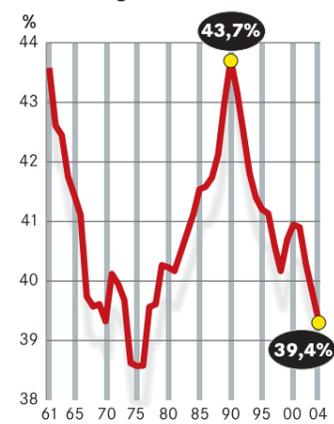
**Opielka:** Soll ich jetzt mit Ihnen wetten?

**BZ:** Wetten müssen Sie nicht.

**Opielka:** Ich bin optimistisch. Bei den sozialpolitischen Eliten beginnt ein Sinneswandel. Und Götz Werner (der Chef der Drogeriemarktkette dm und einer der prominentesten Fürsprecher eines Grundeinkommens – d. Red.) hat vor einigen Monaten bei einem Vortrag über das Grundeinkommens 1500 Zuhörer in Freiburg zusammengebracht. Es gibt in der Bevölkerung eine beobachtbare Bereitschaft, die Dinge grundsätzlich neu zu denken. Jetzt kommt es darauf an, die Dinge nicht nur radikal revolutionär neu zu denken, sondern radikal evolutionär. Dann stünden die Chancen nicht schlecht.

## Leben vom Einkommen

Prozent der Bevölkerung, die überwiegend\* von ihrem eigenen Einkommen lebt



\*mindestens 51% des Einkommens sind selbst erwirtschaftet

BZ-GRAFIK QUELLE: STAT. BUNDESAMT

der Vergangenheit. Fast alles, was wir heute tun, können wir nur tun, weil frühere Generationen vor uns die Möglichkeiten dafür geschaffen haben.

Auf den ersten Blick ist dies trivial, aber es hat weit reichende Folgen. Wenn wir diese beiden Entwicklungen ernst nehmen, könnten wir die Lohnzumessung, wie sie heute über die individuelle Arbeitsleistungen erfolgt, nicht mehr in diesem Umfang rechtfertigen. An sie wiederum knüpfen die Sozialleistungen, vor allem die Rente an. Hartz IV und die Politik der so genannten Aktivierung verstärkt noch diese historisch überlebte Verkopplung von Arbeit und Einkommen.

**BZ:** Ist die Erwerbsarbeit generell am Ende? Schließlich ist eine hohe Arbeitslosenquote kein Naturgesetz, wie viele unserer Nachbarstaaten zeigen.

## ZUR PERSON

### MICHAEL OPIELKA

Der 1956 geborene Soziologe ist einer der prominentesten Vertreter einer bedingungslosen Grundsicherung. In den 80er-Jahren galt er einer der einflussreichsten sozialpolitischen Vordenker der Grünen. Zwischen 1983 und 1987 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter der Grünen-Bundestagsfraktion. Anfang der 90er-Jahre beriet er eine Grundsatzkommission der CDU-Sozialausschüsse. Seit sechs Jahren lehrt er als Professor für Sozialpolitik an der Fachhochschule Jena.

## INFOBOX

### DAS GRUNDEINKOMMEN

wird schon seit Jahrzehnten diskutiert. Kernpunkt der radikalen Idee: Von der Wiege bis zur Bahre bekommt jeder Bürger bedingungslos ein monatliches Einkommen, ohne dass er eine Gegenleistung erbringen muss. Zu den Fürsprechern zählen linke wie rechte Ökonomen und Soziologen – wobei die Linken in der Regel eine höhere Grundsicherung vorschlagen. Das Grundeinkommen würde sämtliche Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld, aber auch Erziehungs- und Kindergeld sowie die staatliche Rente ablösen. **Michael Opielka** schlägt vor, jedermann solle aus all seinen Einkünften 17,5 Prozent Sozialsteuer zahlen. Aus diesem Topf steht allen eine Grundsicherung von mindestens 700 Euro, maximal 1400 Euro im Monat zu – wobei ältere Menschen mehr bekommen als junge. Jeglicher Hinzuverdienst wird nicht mit dieser Grundsicherung verrechnet. Der liberale Ökonom **Thomas Straubhaar** vom Hamburgischen Weltwirt-

schafts-Institut (HWWI) hat vor kurzem ebenfalls ein Modell vorgelegt. Jene 700 Milliarden Euro pro Jahr, die der Staat für Sozialleistungen ausgibt, sollten als Grundeinkommen auf alle deutsche Staatsbürger verteilt werden. Das macht 7525 Euro pro Jahr, also 602 Euro im Monat. Finanziert wird dies aus Steuern. Alle Sozialsysteme bis auf die Kranken- und Unfallversicherung entfallen. Arbeit wird billiger, weil die Lohnnebenkosten drastisch sinken. Alle Regulierungen des Arbeitsmarktes – wie der Kündigungsschutz und der Flächentarifvertrag – könnten nun entfallen, meint Straubhaar. Zudem wird die Bürokratie für den Sozialstaat unnötig. Ein Niedriglohnjob sei nun ein willkommener Zuverdienst. Arbeitnehmer träten selbstbewusster ihren Chefs gegenüber. **Kritiker** wenden unter anderem ein, ein solch radikaler Systemwechsel sei nicht möglich. Immerhin haben viele Menschen mit ihren Beiträgen einen Anspruch auf Leistungen des Sozialstaats erworben. **bitr**